



Schwarze Löcher

Hedge-Fonds sorgen für Unruhe. Sie sind die Vorboten einer verheerenden Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten.
CHRISTIAN FELBER

Das erste prominente Hedge-Fonds-Opfer in Deutschland war ausgerechnet die Frankfurter Börse. Das Management wollte die London Stock Exchange übernehmen. Diese Strategie war einigen Hedge-Fonds, die sich in die Frankfurter Börse eingekauft hatte, zu langfristig. Der „Children’s Investment Fund“ ließ den Deal platzen und zwang das Unternehmen zur Ausschüttung seiner Kriegskasse an die Aktionäre. Börsen-Chef Werner Seifert, der den Frankfurter Aktienmarkt aufgepäppelt hatte, musste gehen.

Plötzlich sind sie in den Schlagzeilen, die „schwarzen Löcher“ der Finanzmärkte, wie der Chef der deutschen Finanzmarktaufsicht, Jochen Sanio, Hedge-Fonds nennt, weil sie die Intransparenz lieben und keinerlei Regulierung unterliegen. Ihr Name führt in die Irre: Mit Kurssicherungsgeschäften (engl. *to hedge* = absichern) haben Hedge-Fonds nichts zu tun. Ihre Ausbreitung ist rasant: Vor 20 Jahren weitgehend unbekannt, gibt es heute 30.000 davon. Im Rucksack haben sie schon mehr als eine Billion US-Dollar, die kräftig vermehrt werden wollen. Der Rendite-Horizont von Hedge-Fonds liegt zwischen 15 und 25 Prozent.

Schwarze Löcher unterscheiden sich von „normalen“ Investmentfonds nicht nur durch fehlende Transparenz und Regulierung – die meisten sitzen in Steueroasen wie den Cayman Islands –, sondern auch durch hochriskante und aggressive Anlagestrategien. Zum Beispiel Leerverkäufe: Sie leihen sich Aktien bei einer Bank oder Versicherung aus und verkaufen sie, in der Hoffnung, damit einen Kurssturz auszulösen. Tritt der Preisverfall ein, erwerben sie die Aktien günstig auf dem Markt und geben sie dem Eigentümer zurück. So kann man mit Kursstürzen Knete machen.

Eine andere beliebte Spielwiese von Hedge-Fonds sind die Devisen- und Derivatemärkte. Je stärker Währungen oder Rohstoffpreise schwanken, desto höher sind ihre Gewinnaussichten. Hedge-Fonds haben daher nicht nur ein Interesse an Instabilität, sie helfen als „Trendfolger“ auch kräftig nach. Sowohl bei der Attacke auf den thailändischen Bath 1997 als auch auf das Pfund 1992 waren Hedge-Fonds federführend. Der „Philantrop“ George Soros verdiente damals eine Milliarde US-Dollar auf Kosten der britischen Notenbank und des Europäischen Währungssystems.

Schließlich kaufen sich Hedge-Fonds in Unternehmen ein, um sie kurzfristig auszuschlachten. Immer mehr „reale“ Firmen, vom Badearmaturenhersteller Grohe bis zum Abfallwirtschaftler Duales System Deutschland, werden von Finanzinvestoren mit gehobenen Renditeansprüchen heimgesucht. Die

aggressiven Methoden – Stellenabbau, Lohnkürzungen, Beschleunigung des Arbeitsrhythmus und Steueroptimierung durch Holdinggründungen in Offshore-Zentren – sind auch von „normalen“ Unternehmen bekannt. „Alternativ“ ist hingegen die skrupellose Gangart und die Ausplünderung des Eigenkapitals („recap“) am Ende des Verwertungszyklus. In den USA werden Hedge-Fonds, die Firmen ausweiden, „raider“ (Plünderer) genannt. Die hiesigen Vergleiche mit „Heuschrecken“ oder „Raupen“ sind zwar stark, aber problematisch, weil sich schon Hitler mit „Blutsaugern“ beholf, um das aus seiner Sicht „böse jüdische“ Finanzkapital vom „guten deutschen“ Realkapital zu unterscheiden.

Abgesehen vom Nazirassismus und von der Tatsache, dass sich „Realkapital“ genauso grausam verhalten kann wie „Finanzkapital“ (wenn die Politik es erlaubt), sind auch bei letzterem Hedge-Fonds nur die Vorboten einer unnachhaltigen Entwicklung: Zum einen wächst das (heimische wie globale) Finanzkapital im Verhältnis zu den realen Anlagemöglichkeiten. Die Geldvermögen der österreichischen Privathaushalte stiegen seit 1970 von 70% auf 140% der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP), was noch kein Problem ist. Das Problem besteht darin, dass immer größere Teile dieser überbordenden Geldmassen immer höhere Renditen suchen, im Falle eines typischen Hedge-Fonds 20 Prozent. Frage: Wie soll ein immer größeres Finanzvermögen immer schneller vermehrt werden, wenn die reale Basis dafür (relativ) schrumpft?

Derzeit werden immer mehr Menschen mit illusorischen Renditeverheißungen in die private Pensionsvorsorge und auf die Börsen gelockt. Was unerwähnt bleibt, ist, dass dort nicht ihr Geld „arbeitet“, sondern Menschen diese Renditen erwirtschaften müssen. Diese kann man zwar stressen, zur Lohnmäßigung „einladen“ oder kündigen, aber das geht nicht lange gut. Irgendwann ist die reale Basis der Wirtschaft zu Ende rationalisiert, ausgeblutet, gedemütigt. Kaufkraft und Motivation schwinden, die Arbeitslosigkeit steigt. Früher oder später würgen die Finanzmärkte die „reale“ Wirtschaft in die Rezession.

Gefragt ist daher nicht nur die Bekämpfung der Symptome – die Regulierung oder das Verbot von Hedge-Fonds –, sondern auch die Zurücklenkung des wachsenden Kapitalüberschusses in die (nachhaltige) Realwirtschaft. Das erfordert auf nationaler Ebene die strikte Trennung von Pensionen und Börse (Streichung aller staatlichen Prämien und Steuerzuckerl) und auf EU-Ebene die lückenlose Besteuerung von Finanzerträgen (Einkommenssteuer) und -transaktionen (Börsenumsatzsteuer, Tobinsteuer). Die Umleitung der Investitionsströme von den Finanzmärkten in die Realwirtschaft würde die Arbeitslosigkeit senken, die Löhne heben und damit das Nachfrageproblem lösen und die Umlagepensionen sichern. Eine kluge Kapitalmarktoffensive sollte daher nicht die Börsen hypen, sondern das Geld dorthin lenken, wo es fehlt: in die regionale Wirtschaft, in die einkommensschwachen Haushalte und in die öffentlichen Kassen zur Finanzierung ökologischer Investitionen und sozialer Sicherheit.

Erschienen im „Falter“ 32/05.